Rolle rückwärts

Sozialpolitik Die Rentenreform belastet künftige Beitragszahler und Senioren. Allerdings arbeiten viele Ältere länger, wie ein Regierungsbericht zeigt.

Sozialministerin Nahles

Als Bundeskanzlerin Angela Merkel und Sozialministerin Andrea Nahles das neue Jahresgutachten der fünf Wirtschaftsweisen in Empfang nahmen, da rangen sie sich für die Fotografen noch ein Lächeln ab – allerdings eines der frostigen Art: Selten zuvor war eine Regierung für ihre Vorzeigeprojekte von den eigenen Beratern derart abgewatscht worden. Selbst der Sektempfang mit der Kanzlerin, der turnusmäßig nach der Übergabe stattfindet, fiel in diesem Jahr aus. Angela Merkel ging lieber auf Reisen.

Auf 405 Seiten hatten die Wirtschaftsprofessoren der Regierung am vergangenen Mittwoch ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt. Besonders gallig urteilten sie über die Rentenreform: Es handle sich um „eines der teuersten Reformvorhaben“, die je die Sozialkasse belastet haben. Und dabei leiste es „keinen nennenswerten Beitrag“, um Altersarmut zu vermeiden.

Die Rache der Großen Koalition ließ nicht lange auf sich warten. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann psychologisierte, die Professoren seien offensichtlich frustriert, weil niemand mehr auf ihre „neoliberalen Vorschläge“ höre. Yasmin Fahimi, die Generalsekretärin seiner Partei, ätzte, der Bericht scheine in seiner „Methodik nicht mehr auf der Höhe der Zeit“ zu sein. Warum also nicht einfach den lästigen Rat abschaffen?

Viel angenehmer ist es ohnehin, wenn man seine Gutachten selbst schreibt. In ihrem Rentenversicherungsbericht etwa muss die Bundesregierung jährlich die Finanzen der Sozialkasse offenlegen und damit auch eine Bilanz ihrer Arbeit ziehen. Die neue Fassung indes, die am Mittwoch im Kabinett beraten werden soll, bestätigt in weiten Teilen eher das Urteil der Weisen.

Derzeit, so geht aus dem Papier hervor, ist die Lage noch rosig. Zum Jahresende wird die Rentenkasse mit Rücklagen von rund 33,5 Milliarden Euro überquellen. Im nächsten Jahr kann der Beitragssatz daher von derzeit 18,9 auf 18,7 Prozent des Bruttolohns sinken. Die passende Verordnung hat Nahles bereits geschrieben. Doch zeigt ihr Bericht auch, dass auf das Sozialsystem schwerere Zeiten zukommen.

Seit Wochen leisten die Mitarbeiter in der Druckerei der Rentenkasse freiwillige Nacht- und Wochenendschichten. Täglich haben sie 200 000 Kuverts mit werthaltigem Inhalt versandt: Das Schreiben verheißt den Seniorinnen, dass die höhere Mütterrente nun ausgezahlt werde. Jedes Kind, das vor 1992 geboren wurde, erhöht die monatliche Rente seit Juli um 28,61 Euro im Westen und um 26,39 Euro im Osten.

Allerdings verschlingt das Prestigeprojekt der Regierung allein im nächsten Jahr rund 6,8 Milliarden Euro – und lässt die Reserven schmelzen. Schon im Jahr 2019 müssen die Beitragssätze wieder auf 19,1 Prozent steigen, wie die Regierung schätzt. Bis 2028 – dem letzten Prognosejahr des Berichts – klettern sie gar auf 21,4 Prozent.

Und obwohl die Lasten für die Beschäftigten steigen, müssen Ruheständler künftig mit einer schmaleren gesetzlichen Versorgung auskommen. Heute liegt das Rentenniveau vor Steuern noch bei 48,0 Prozent, bis 2028 wird es auf 44,4 Prozent sinken – und damit immer näher an die gesetzliche Mindestmarke von 43 Prozent rutschen. Der Rückgang mache deutlich, „dass die gesetzliche Rente zukünftig allein nicht ausreichen wird, um den Lebensstandard des Erwerbslebens im Alter fortzuführen“, schreiben die Beamten.

Vor einem Jahr, also kurz vor der Rentenreform, hatten sie ihre Prognosen noch rund einen halben Prozentpunkt höher angesetzt. Die Wirtschaftsweisen könnten sich ein Stück weit bestätigt fühlen.

Allerdings bleiben auch gute Nachrichten. So sind die Chancen der Älteren auf dem Arbeitsmarkt gewachsen. 2013 waren 50 Prozent der 60- bis 64-jährigen Männer und Frauen erwerbstätig, im zweiten Quartal des Jahres 2014 ist diese Quote auf 52,6 Prozent gestiegen. Noch im Jahr 2000 hatte sie bei mageren 20 Prozent gelegen. Und die Regierung geht davon aus, dass „die Erwerbsbeteiligung Älterer auch in Zukunft weiter ansteigen wird“.

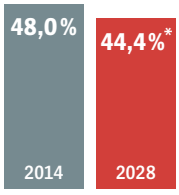
Zudem klettert das durchschnittliche Alter, in dem Senioren in den Ruhestand wechseln. Statt mit 62,3 Jahren, wie noch im Jahr 2000, verabschieden sie sich heute mit 64,1 Jahren aus dem Job. Die Regierung wertet das als Beleg, dass die Rente mit 67 wirkt. Sie sei eine wichtige Maßnahme, um die Erwerbstätigkeit der Älteren zu steigern und „einem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken“, heißt es in dem Bericht.

Dumm nur, dass die amtierende Große Koalition sich darangemacht hat, mit der Rente mit 63 eine Art Umkehr einzuleiten. Seit Juli darf abschlagsfrei in den Vorruhestand wechseln, wer insgesamt 45 Beitragsjahre gesammelt hat.

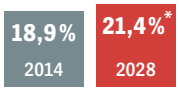
Die fünf Wirtschaftsweisen haben ihr Kapitel zur Rente mit 63 daher schlicht mit der Zeile „Rolle rückwärts“ überschrieben. Gut möglich, dass sie recht behalten: Ende Oktober hatten bereits rund 163 000 langjährig Versicherte einen Antrag auf die neue Frührente eingereicht.

Cornelia Schmergal

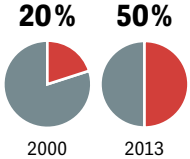
Rentenniveau
in Prozent des Durchschnittsverdienstes, vor Steuern, Standardrente (45 Versicherungsjahre)



Beitragssatz



Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen



*Modellrechnung; Quelle: Rentenversicherungsbericht des BMAS

FOTO: WERNER SCHÜRING